

„Gaza oder Genf“¹

von Reiner Bernstein

Am Anfang stand das Manifest der „Bewegung für das ganze Land Israel“. Zu seinen Unterzeichnern gehörten Yitzhak Tabenkin von der Kibbutz-Bewegung, die Witwe des zweiten Staatspräsidenten Rachel Yanai Ben-Zvi sowie Schriftsteller wie Josef „Shai“ Agnon und Nathan Alterman. Das Argument von den territorialen Faustpfändern, die für den Friedensschluss der arabischen Staaten eingetauscht würden, verflüchtigte sich. „Zum erstenmal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit“, schrieb Alterman in einem Beitrag für „Maariv“. Er sei die Stimme, und wir sind ihr Echo, spendete Moshe Dayan Beifall.

Die „Erlösung“ wurde zur Scheidemünze in der Gesellschaft. Elyakim Haetzni berief sich später auf sie, als er den Unterschied zwischen der Niederlassung in Galiläa und in Hebron auf die Machtpolitik zurückführte: Damals seien die Juden wie Diebe in der Nacht gekommen, hätten die Araber an der Nase herumgeführt und einen Dunam nach dem anderen gekauft. „Dagegen sind wir jetzt nach Hebron und in andere Orte in Judäa, Samaria und Gaza gleichsam wie nach Hause gekommen.“ Damit flammte die alte Kontroverse wieder auf, ob es im Judentum eine Autonomie des Politischen geben könne. Hatten manche Zionisten geglaubt, Gott in den Himmel verbannen zu können, so stellte sich heraus, dass die Legitimation der Ansiedlung im Lande Israel auf religiöse Traditionen angewiesen ist.

Shimon Peres versorgte als Verteidigungsminister die Siedlungen mit Aufträgen und bescheinigte ihren Bewohnern tiefe religiöse Leidenschaft und zionistischen Pioniergeist. Der Begriff „Neo-Zionismus“ machte die Runde, bevor er vom „Yeshiva-Nationalismus“ abgelöst wurde. Rav Zvi Yehuda Kook, der spirituelle Führer des „Gush Emunim“, warnte Yitzhak Rabin, wer sich um das Land nicht kümmere, um den kümmere sich das Land nicht. Die Regierungen trauten sich immer weniger, der Siedlerbewegung verbindliche Rechtsnormen zu setzen, so dass sich ihr gewaltbereiter Kern zu verselbständigen begann. Mitte der achtziger Jahre agierte er als „jüdischer Untergrund“, heute versucht er die Öffentlichkeit gegen die Abkoppelungspläne vom Gazastreifen und von nördlichen Teilen der Westbank zu mobilisieren. Dort lebende Israelis führten schon Klage darüber, dass sie von Landsleuten als Siedler („mitnachalim“) und nicht als Bewohner („mityashwim“) bezeichnet würden. Es zeichnet sich die Gefahr ab, dass jüdischer und

¹ Der Beitrag erschien in leicht gekürzter Fassung in der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ vom 5.1.2005, S. 11, unter dem Titel „Religiöser Wahn“. Komplementär veröffentlichte das Blatt auf derselben Seite einen Beitrag von Eljakim Haetzni mit der Überschrift „Biblisches Recht“.

islamischer Extremismus mit charismatischen Führern an der Spitze den Konflikt in einen Krieg zweier Religionen verwandeln, der die unerträgliche Missachtung von grundlegenden Menschenrechten normativ billigt. Nicht die Politik bedient sich der Religion, sondern ihre Institutionen treiben die Politik vor sich her.

Ihnen hat Sharon Tribut zu leisten. Seine Kompromissbereitschaft hat er auf die Alternative zugespitzt: Entweder mein kleiner Abzug aus dem Gazastreifen oder die „Genfer Initiative“. Am 1. Dezember 2003 hatten namhafte Israelis und Palästinenser eine fundamentale Absage an die Macht einer vorgeblich göttlich inspirierten Rationalität präsentiert. Die „Genfer Initiative“ ist der fast verzweifelte Versuch, für den Streit um die nationale Souveränität im Land zweier Völker differenzierte politische Lösungen anzubieten: die Zweistaatenregelung entlang der „Grünen Linie“, die Etablierung Jerusalems als Doppelhauptstadt, die differenzierte Regelung der palästinensischen Flüchtlingsfrage sowie die Klärung von Sicherheitsbelangen.

Wenn Peres die Siedlungen als historischen Irrtum bezeichnet und gleichzeitig die „Genfer Initiative“ verwirft, übersieht der vielfache Außenminister, dass der Friedensplan der Prophezeiung vom „Volk, das allein wohnt“ (Num. 23,9), widerspricht und ein Bekenntnis zum pluralen und demokratischen Staat Israel als Teil der Völkergemeinschaft ablegt. Interimistische Pläne wie der Verzicht auf einzelne Siedlungen machen nur dann Sinn, wenn sie vom Willen zu einer Gesamtregelung getragen werden, die Feindbilder überwindet.
